

FOKUS CHILE

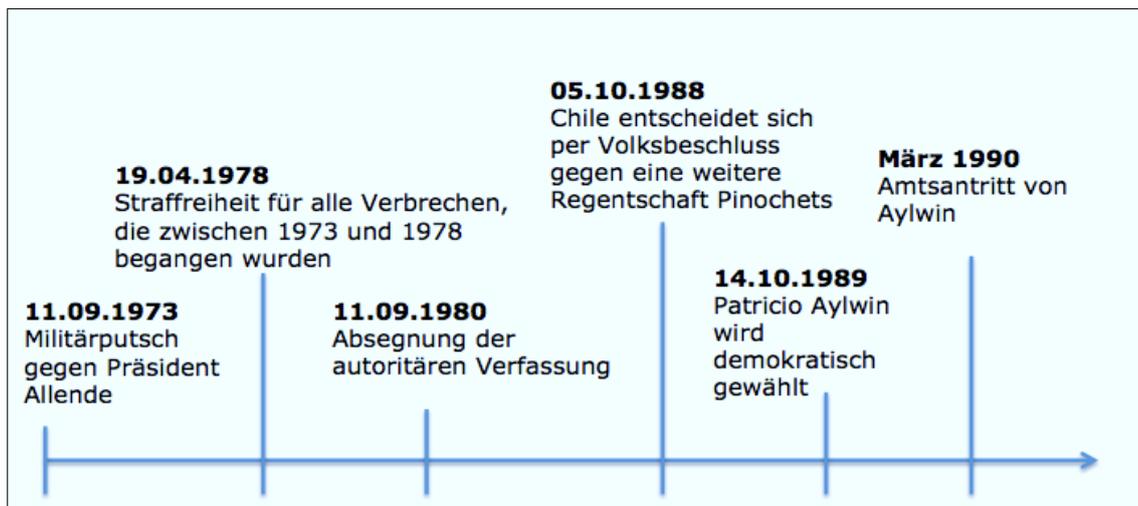
Konrad-Adenauer-Stiftung Santiago

März 2015

AUSGABE 4

In Chile jährt sich die Rückkehr zur Demokratie zum 25. Mal

Vor 25 Jahren, am 11. März 1990, gab der Diktator Augusto Pinochet die Macht an den ersten demokratisch gewählten Präsidenten, Patricio Aylwin, ab. Bis zu diesem historisch bedeutsamen Wendepunkt durchlebte Chile eine 17 Jahre andauernde Militärdiktatur. Zum besseren Verständnis lohnt ein Blick in die Vergangenheit:



Am 11. September 1973 gelangte Augusto Pinochet durch einen Militärputsch gegen den amtierenden Präsidenten, den Sozialisten Salvador Allende, an die Macht. Allende beging in dessen Verlauf Suizid. Fortan herrschte in Chile der Ausnahmezustand. Tausende Regimegegner – man geht von rund 3000 Todesopfern aus – wurden von der Militärjunta systematisch verfolgt, gefoltert und ermordet. Viele von ihnen gelten bis heute als verschollen (sog. *Desaparecidos* „Verschwundene“). Pinochet löste den Kongress auf. Zudem fielen alle wichtigen Ministerien unter die Führung der Militärjunta. Insgesamt war die Militärdiktatur von zahlreichen Menschenrechtsverletzungen geprägt. Die 1980 verabschiedete Verfassung hatte hauptsächlich das Ziel, die bestehenden Machtverhältnisse zu stabilisieren und den Fortbestand der Militärdiktatur zu sichern. Zudem war sie im Bereich der individuellen Rechte äußerst restriktiv (so etwa beim absoluten Verbot von Schwangerschaftsab-

brüchen). Erst eine 1988 durchgeführte Volksabstimmung brachte das Ende des Pinochet-Regimes. 1989 kam es dann zu freien Wahlen, aus denen der Christdemokrat Patricio Aylwin, Anführer des Parteienbündnisses „Concertación de Partidos por la Democracia“, als Sieger und neuer Präsident Chiles hervorging.

Seither hat sich nicht nur das Demokratieverständnis weitgehend gefestigt, Chile zählt derweil zu den wirtschaftlich stabilsten und wohlhabendsten Staaten Lateinamerikas. Der amtierenden Staatspräsidentin Michelle Bachelet stehen dennoch einige Herausforderung in ihrer zweiten Amtsperiode (2014-2018) im Hinblick auf die weitere Demokratisierung der Gesellschaft bevor.

Von wichtiger symbolischer Bedeutung waren und sind die durchgeführte Änderung des Wahlrechts und die geplante Verfassungsreform, da beide Gesetzeswerke noch aus der Pinochetzeit stammen. Ebenso bedeutend sind die Reformvorhaben zum Abbau der gesellschaftlichen Ungleichheit (Steuer- und Bildungsreform, Reform des Arbeitsrechts).

Naturkatastrophen halten Chile weiter in Atem

Ob Überschwemmungen, Waldbrände, Erdbeben oder Vulkanausbrüche, Chile bleibt in jüngster Zeit von keiner Naturkatastrophe verschont. So wurde vergangene Woche (24.03.2015) der Norden Chiles, insbesondere die Regionen um Antofagasta, Atacama und Coquimbo, von starken Regenfällen und Gewittern heimgesucht.

Der Dauerregen führte zu starken Überschwemmungen und Schlammmassen, die einzelne Dörfer komplett von der Infrastruktur abschnitten. Nach Angaben der Behörden waren rund 38.500 Menschen ohne Strom, etwa 48.500 Menschen fehlte es an Trinkwasser, mindestens zwei Menschen starben, etwa 50 Personen werden noch vermisst. Unklar ist außerdem, welche Umweltschäden durch die Überschwemmungen entstehen werden, da zum Zeitpunkt des Unglücks Transporte mit giftigen Substanzen, die im Kupferbergbau benötigt werden, in der Region unterwegs waren. Sollten diese Stoffe ins Grundwasser gelangen, könnte dies fatale Folgen für die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung haben. Die Regierung rief den Notstand aus. Präsidentin Bachelet besuchte das Krisengebiet und versprach weitere Hilfen für die Menschen in Not.

Neben den anhaltenden Regenfällen erschütterte ein Erdbeben am vergangenen Montagmorgen, den 23.03.2015, mit einer Stärke von 6,3 auf der Richterskala den Norden Chiles. Das Epizentrum lag rund 39 km südöstlich von Putre. Zu spüren war das Beben in den umliegenden Regionen von Arica und Parinacota, Tarapacá und Antofagasta. Erfreulicherweise traten die Voraussagen über einen möglichen Tsunami als Folge des Bebens durch das Ozeanographische Institut (*Servicio Hidrográfico y Oceanográfico de la Armada*) nicht ein.

Im Süden des Landes lösen neue Eruptionen und Schlammströme des Vulkan Villarica sowie großflächige Waldbrände (s.a. Fokus Chile Ausgabe 3) weitere Besorgnis aus. Laut dem nationalen Katastrophendienst ONEMI (*Oficina Nacional de Emergencia del Ministerio del Interior*) ist mittlerweile eine Gesamtfläche von 11.592 Hektar betroffen. Die stärksten Brände wüten derzeit im Naturreservat China Muerta, in der Kommune Melipeuco, Region Araucanías und im Nationalpark Conguillío. Eine Verbesserung der Lage ist vorerst nicht absehbar, da moderate bis starke Winde insbesondere im Vorgebirge die Eindämmung der Feuerherde erschweren.

Forschungszentren wie der chilenische Wetterdienst (DMC) oder das Zentrum für Klimaforschung (CR2) betrachten diese Naturkatastrophen in Chile bereits als Folgen des globalen Klimawandels. Laut Maisa Rojas, Forscherin des CR2, wird sich der Andenstaat in den nächsten Jahren mit einem noch trockeneren und heißeren Klima auseinandersetzen müssen. Sie betont, dass sich insbesondere an der Peripherie des Landes gelegene Regionen bereits heute auf die Auswirkungen anhaltender Trockenheit sowie heftiger Regenfälle vorbereiten sollten, um die Folgeschäden weitestgehend gering zu halten.

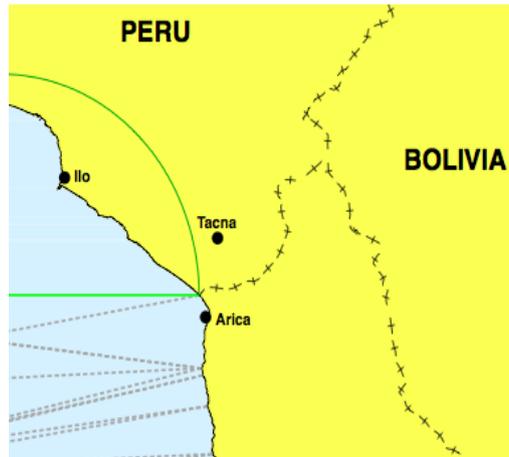
Scharfe Töne im Grenzstreit zwischen Bolivien und Chile

Es ist ein Streit, der bereits seit 136 Jahren die diplomatischen Beziehungen zwischen Chile und Bolivien auf eine harte Probe stellt.

Nach dem Salpeterkrieg (auch Pazifischer Krieg) zwischen Chile einerseits, Peru und Bolivien andererseits in den Jahren 1879 bis 1884 musste Bolivien aufgrund seiner Niederlage rund 400 Kilometer Küstenstrecke an Chile abtreten. Diese Vereinbarung wurde im Jahr 1904 anhand des bolivianisch-chilenischen Grenzvertrags schriftlich festgehalten. Laut bolivianischer Seite sei dieser Vertrag zu keinem Zeitpunkt rechtsgültig gewesen, da er vermeintlich von Chile diktiert und unter Zwang unterzeichnet worden sei.

Nachdem alle bilateralen Verhandlungen in den letzten Jahren ergebnislos waren, reichte Bolivien im Januar 2013 vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag (IGH) eine offizielle Klage mit der Forderung auf einen autonomen Meereszugang ein, wodurch Chile verpflichtet wäre, einen Teil seines Hoheitsgebietes an Bolivien zurückzugeben. Diese Forderung lehnt Chile wiederum kategorisch ab, habe das Land dem bolivianischen Nachbarn doch mehrfach das Angebot eines maritimen Zugangs mittels eines Korridors durch chilenisches Territorium unterbreitet. Dies sei von Bolivien seither abgelehnt worden, da es auf ein eigenes Hoheitsgebiet bis zum Meer bestehe.

Vor kurzem gab es Bewegung im Grenzstreit, als der bolivianische Staatspräsident Evo Morales aufgekommene Gerüchte, Bolivien würde die Klage für das Angebot einer Enklave an der chilenischen Küste zurückziehen, vehement dementierte. „Wir wären mehr als „dumm“, wenn wir die Klage für ein Stück chilenisches Land fallen lassen würden“, so Morales (*„Los bolivianos fuéramos tontos. Levantar la demanda por un pedazo de tierra...“*).



Seines Erachtens zeige die Geschichte eindeutig, dass der Verlust der bolivianischen Küste seit jeher eine Ungerechtigkeit sei, welche er nun mit der Unterstützung des Internationalen Gerichtshofes „bekämpfen“ wolle. Solche Aussagen zeigen recht deutlich, dass es bei dem Grenzstreit und der Klage Boliviens nicht ausschließlich um politische bzw. wirtschaftliche Motive geht. Vielmehr geht es auch um Fragen des Nationalstolzes. Obgleich ein endgültiges Gerichtsurteil des IGHs wohl noch länger auf sich warten lässt, ist auf eine salomonische Entscheidung wie im Grenzstreit zwischen Peru und Chile zu hoffen, um das ohnehin schwierige Verhältnis der Nachbarländer nicht noch weiter zu strapazieren.